

Weltoffen

– weil's vernünftig ist.



SÄCHSISCHE
STAATSKANZLEI



Freistaat
SACHSEN

Weltoffen

– weil's vernünftig ist.

Vorwort

Eva Donsbach 4

Vorwort

Prof. Dr. Heribert Heckschen 6

Rede „Weltoffen – weil's vernünftig ist.“

Werner D'Inka 10

Vorwort

Eva Donsbach

Meinem Mann Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, der am 26. Juli 2015 plötzlich verstarb, war es stets ein Bedürfnis, sich als Bürger aktiv für eine bessere Gesellschaft einzusetzen. Weltoffenheit und Toleranz waren für ihn Werte, die es zu verteidigen galt.

Anlässlich einer Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung am 23. Januar 2015 begründete er seine Haltung wie folgt:

„Man kann legitimerweise dafür sein, dass möglichst wenig Menschen aus anderen Kulturen zu uns kommen und dass die wenigen, die wir hereinlassen, sich alle unserer deutschen Leitkultur anpassen. Das ist legitim. Aber man darf schon fragen, ob dies eine sinnvolle Haltung ist, aus moralischen Gründen – glauben wir so sehr an die Überlegenheit der deutschen Kultur, das hatten wir schon einmal –, aus praktischen Gründen – angesichts der Globalisierung und der Bedürfnisse unseres Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes – und auch aus Spaßgründen – denn Buntheit kann etwas sehr Schönes sein, ich reise viel und weiß auch da, wovon ich spreche. Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutolu hat letzte Woche in einem Interview gesagt: „Wer will, dass nur Menschen der gleichen Herkunft, der gleichen Religion und der gleichen Kultur in einer Region leben, ist in diesem Punkt nicht besser als der islamische Staat.“

So hat sich mein Mann neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der TU Dresden und weit darüber hinaus auch in der Region ehrenamtlich engagiert. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Vorstands der Dresden International School und war die letzten Jahre als Vorstandsvorsitzender des Trägervereins tätig. Von daher lag es für mich nah, nach seinem Tod gemeinsam mit der Dresden International School den Menschen mit dem „Prof.-Dr.-Wolfgang-Donsbach-Fonds“ ganz im Sinne meines Mannes eine Alternative zu dem Gedenken mit den sonst üblichen Blumen zu bieten. Die überaus großzügigen und zahlreichen Spenden haben mich mit Dankbarkeit und Freude erfüllt.

Er hat von sich – und seinen Mitmenschen – stets das Beste verlangt und war darin unermüdlich. Er hat die Menschen auch an ihren Taten und nicht nur den Worten gemessen. Von daher entspricht der „Prof.-Dr.-Wolfgang-Donsbach-Fonds“, mittels dessen nun der gesellschaftliche Diskurs fortgesetzt und darüber hinaus auch eine aktive Unterstützung im Rahmen der Integration von Flüchtlingen geleistet werden kann, seinem bürgerschaftlichen Engagement und seiner Überzeugung.

Die „Wolfgang Donsbach Perspectives“ mit der Rede von Werner D'Inka, Journalist und Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, haben bewusst mit einem von meinem Mann überaus geschätzten Journalisten ihren Anfang genommen. Ich danke Herrn D'Inka an dieser Stelle nicht nur ausdrücklich für seine Bereitschaft, als erster Redner die Reihe zu starten, sondern vor allem für eine hervorragende Rede.

Ich danke darüber hinaus Herrn Staatsminister Dr. Fritz Jaeckel, der durch seine Unterstützung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei den Druck dieser Rede ermöglicht hat.

Doch mein größter Dank gilt all denen, die durch ihre Spenden den Fonds begründet haben. Es würde mich sehr freuen, mit Ihnen gemeinsam die „Wolfgang Donsbach Perspectives“ weit über die Grenzen der Dresden International School hinaus zu einer Stätte des interkulturellen Austauschs zu entwickeln.



Eva Donsbach

Vorwort

Prof. Dr. Heribert Heckschen

Am 26. Juli 2015 verstarb Prof. Dr. Wolfgang Donsbach. Er war einer der herausragenden Kommunikationswissenschaftler weltweit, einer der gefragtesten Gesprächspartner für Politik, Wirtschaft und Medien und stand vor allem für Toleranz und Weltoffenheit. Seit 1996 war Wolfgang Donsbach als Vorstandsmitglied und zuletzt viele Jahre als Vorstandsvorsitzender des Trägervereins der Internationalen Schule in Dresden tätig. Anlässlich seines Todes wurde durch seine Ehefrau Eva Donsbach gemeinsam mit der DIS, Dresden International School, der „Prof.-Dr.-Wolfgang-Donsbach-Fonds“ errichtet. Dieser Fonds hat es sich zum Ziel gesetzt, die Weltanschauung von Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, sein Engagement für Toleranz und Weltoffenheit weiterzutragen. Der Fonds unterstützt unter anderem die „Wolfgang Donsbach Perspectives“, eine Reihe von Vorträgen, die in regelmäßigem Abstand in der Dresden International School stattfinden werden. Hier werden sich nationale und internationale Persönlichkeiten aus allen gesellschaftlichen Bereichen, wie unter anderem der Wirtschaft, Politik oder Forschung, mit Themen aus dem Bereich Internationalität, Toleranz sowie interkulturellem Austausch auseinandersetzen. Die Auftaktveranstaltung zu dieser Gesprächsreihe fand am 26. Mai 2016 statt. Unter dem Titel „Weltoffen – weil's vernünftig ist.“ sprach Werner D'Inka, Journalist und Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, einer der bedeutendsten deutschsprachigen Tageszeitungen.

Die große Resonanz auf diese erste Veranstaltung zeigte mehreres: die ungebrochene Freundschaft und geistige Verbindung zu Prof. Dr. Wolfgang Donsbach, vor allem aber die Nähe zu seinem Gedankengut und seinem das Leben bestimmenden Streben nach Toleranz und Weltoffenheit. Die DIS, Dresden International School, ist Herrn Werner D'Inka für seine herausragende Rede dankbar und freut sich darüber, dass diese Rede im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Sächsischen Staatskanzlei nun einem noch größeren Kreis zugänglich gemacht wird.

Der „Prof.-Dr.-Wolfgang-Donsbach-Fonds“ wird sich neben den „Wolfgang Donsbach Perspectives“ unter anderem künftig auch um die Integration von Flüchtlingen kümmern und diese fördern, beispielsweise wie das „Talaki – Come Together“, ein Event, das Dresdner und Flüchtlinge zusammenbringt.

In diesem Zusammenhang danke ich im Namen der gesamten Schule allen bisherigen Spendern und freue mich auf zahlreiche Besucher bei den kommenden Veranstaltungen.



Prof. Dr. Heribert Heckschen

Vorstandsvorsitzender der
Internationalen Schule Dresden e.V.







„Der Wunsch, sich selbst oder eine ganze Gesellschaft gegenüber der Welt da draußen abzuschotten, sei nicht illegitim. Aber ist diese Haltung vernünftig?“

Prof. Dr. Wolfgang Donsbach

Rede

Werner D'Inka

Dass Sie mich eingeladen haben, im Rahmen der „Wolfgang Donsbach Perspectives“ an der Dresden International School zu sprechen, ist eine große Ehre, die mich berührt und für die ich aufrichtig danke. Gut zwei Monate vor seinem Tod war Wolfgang Donsbach meiner Einladung zu einer Diskussion über den Begriff der „Lügenpresse“ nach Frankfurt am Main gefolgt, und es kommt mir vor, als sei es gestern gewesen, wie klug, wie geistreich und wie schlagfertig er die Zuhörer fesselte.

Wolfgang Donsbach hatte sein Studium gerade beendet, als ich 1975 in Mainz Publizistikwissenschaft zu studieren begann. In Mainz sind wir einander selten begegnet, das ergab sich erst später. Wir trafen uns manchmal geplant, meistens aber zufällig auf Konferenzen; er lud mich 2007 zu einem Vortrag nach Dresden ein und war seinerseits Gast im Frankfurter Presseclub, als wir über sein 2009 erschienen Buch „Entzauberung eines Berufs – Was die Deutschen vom Journalismus erwarten und wie sie enttäuscht werden“ diskutierten. Wenige Wochen vor seinem Tod hielt er glanzvoll die Festrede beim Jubiläum des Instituts für Publizistik in Mainz – niemand ahnte, dass es unsere letzte Begegnung sein würde.

Während der akademischen Gedenkfeier an der TU Dresden zur Erinnerung an Wolfgang Donsbach im Januar dieses Jahres wurde ein kurzer Ausschnitt aus einer Diskussion gezeigt. In dieser Szene wurden seine Freude am offenen Disput und sein unerschütterliches Vertrauen in die Kraft des besseren Arguments noch einmal richtig lebendig. Und auf die für ihn so typische Weise sagte Wolfgang Donsbach sinngemäß: Der Wunsch, sich selbst oder eine ganze Gesellschaft gegenüber der Welt da draußen

abzuschotten, sei nicht illegitim. Aber, so fragte er weiter: Ist diese Haltung vernünftig?

Hier möchte ich heute ansetzen. Vorweggenommenes Fazit: Nein, Einigelung ist nicht vernünftig, aber Offenheit braucht bestimmte Vor-

aussetzungen, braucht ein eigenes festes Fundament. Wer sich seiner selbst nicht sicher ist, wer auf schwankendem Boden steht, hat mehr mit sich selbst zu tun und

*„Einigelung ist nicht vernünftig,
aber Offenheit braucht
bestimmte Voraussetzungen.“*

kommt buchstäblich gar nicht dazu, sich zu öffnen. Darüber und über den Begriff der Toleranz – sozusagen als die instrumentelle Dimension von Offenheit – möchte ich reden.

Zunächst zurück zu Wolfgang Donsbachs Bemerkung, der Wunsch nach Abgrenzung sei jedenfalls nicht illegitim. Ja, die Furcht vor dem Fremden gibt es, und sie ist nicht immer unbegründet. Und wenn es keine Furcht ist, ist es in vielen Fällen doch ein Unbehagen angesichts ganz schlichter Alltagsbegegnungen, die uns verstören. Ich gestehe, auch mich befällt dieses Unbehagen gelegentlich, wenn mir in Frankfurt am Main in der Straßenbahnlinie 11 mehr Burka-Trägerinnen begegnen als Hessinnen, etwas zugespitzt formuliert.

Es reicht nicht, diesem Gefühl das Mantra entgegenzusetzen, vor dem Fremden müsse man keine Angst haben. Die gibt es nun einmal. Laut dem „Religions-Monitor 2015“ der Bertelsmann-Stiftung halten 57 Prozent der Deutschen den Islam für bedrohlich. Man machte es sich zu einfach, dieses Faktum kurzerhand mit der Bemerkung abtun, wer so denke, sei ein Schwachkopf.

Doch wer sich seiner Haltung sicher ist, wer in sich selbst ruht, wer auf dem festen Boden einer eigenen Überzeugung steht, der kann dem Unbekannten souverän begegnen. Mit souverän meine ich nicht auftrumpfend oder großspurig, sondern gelassen und offen – weltoffen. Aber Weltoffenheit braucht gedankliche Voraussetzungen. An denen mangelt es gelegentlich. Sie scheint mir vor allem bei jenen zu fehlen, die von der „Verteidigung des Abendlandes“ faseln, aber überhaupt nicht verstanden haben, was sie da zu verteidigen vorgeben.

Werfen wir also einen Blick auf das Rüstzeug, das uns, so meine ich, in die Lage versetzt, dem und den Fremden offen und selbstbewusst zu begegnen. Doch wen meine ich, wenn ich „Wir“ sage? Wir Deutsche? Wir Europäer? Wir Christen? Wir Zeitgenossen? Gibt es dieses kollektive Subjekt überhaupt? Meine Frau weist mich immer zurecht, wenn ich sage, bei der Fußball-Europameisterschaft spielten „wir“ am 12. Juni gegen die Ukraine, dabei lässt sich gerade dieses „Wir“ ja noch relativ leicht bestimmen.

Dazu muss ich etwas ausholen. Dem Historiker Heinrich August Winkler folgend, definiere ich dieses gesellschaftliche „Wir“ als jene Sphäre, die im Mittelalter ihr Zentrum in Rom hatte, also grob gesprochen die Welt der Westkirche. Nur dieser Teil Europas erlebte die beiden vormodernen Formen der Gewaltenteilung – die partielle Trennung von weltlicher und geistlicher Macht sowie die von fürstlicher und ständischer Gewalt. Und nur hier kam es zu den Emanzipationsprozessen der Reformation und der Aufklärung. Hier liegt die Keimzelle von Individualismus und Pluralismus, kurzum: der Ursprung der westlichen Freiheitstradition.

Die Ideen der „Virginia Declaration of Rights“ von 1776 und der französischen Revolution von 1789 waren „die politische Summe der Aufklärung“, wie Winkler kurz und bündig formuliert. Sie bildet im Kern das normative Projekt des Westens. Man kann diesen Normenraum durch seine Eckpunkte definieren: parlamentarische Demokratie mit Gewaltenteilung und Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit, die Bindung der Staatsgewalt an Verfassung und Gesetz, Wahrung der Menschenrechte, offene Märkte und eine lebendige Zivilgesellschaft.

Die Verwirklichung dieser Prinzipien verlief nicht ohne Kämpfe, und sie kam beileibe nicht über Nacht. Die Bundesrepublik Deutschland gab erst nach dem Zweiten Weltkrieg die Vorbehalte gegen die politischen Ideen des Westens vollends auf. Wer erlebt hat, wie ablehnend viele Deutsche diesem Denken gegenüberstanden, das sie als dem deutschen Wesen fremd und uns von den Amerikanern aufgezwungen hinstellten, hat eine Vorstellung davon, dass diese Entwicklung alles andere als selbstverständlich war und längst nicht von allen bejubelt wurde. Auch heute sollten wir uns nicht vormachen: Dem Kreis so beschriebener stabiler demokratischer Verfassungsstaaten werden weltweit gerade einmal drei Dutzend Länder zugerechnet.

Der Russland-Ukraine-Konflikt führt uns übrigens vor Augen, dass die eingangs erwähnte Kirchenspaltung von 1054 keine rein theologische Angelegenheit war: Der Sphäre der Ostkirche, also Byzanz und später Moskau, ist der westliche Geist fremd geblieben. Präsident Putin hält den Westen für ein innerlich schwaches, dekadentes Tuntenkabarett, und Präsident Erdogan sagte neulich an die Adresse der EU in schöner Offenheit: „Geht Ihr euren Weg, wir gehen unseren.“

Im Westen also alles in Butter? Keineswegs. Das Sündenregister der Verstöße gegen die eigenen Prinzipien ist lang. Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus sind wahrlich kein Ruhmesblatt. Doch das westliche Wertesystem hat eine eingebaute List: Diejenigen, denen sie vorenthalten wurden – Frauen, Arbeiter zum Beispiel –, konnten sich auf sie berufen. Martin Luther King ist das beste Beispiel dafür.

In seiner Rede „Ich habe einen Traum“ erinnerte er 1963 daran, dass die amerikanische Verfassung „allen Menschen, ja schwarzen Menschen wie auch weißen Menschen, die unveräußerlichen Rechte von Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück“ garantiert. Er brauchte sie also bloß beim Wort zu nehmen.

Kurzum: Trotz aller Verstöße gegen die eigenen Werte, trotz reichlich blinder Flecken hat der Westen immer wieder bewiesen, dass er zur Selbstkorrektur bereit und in der Lage ist. Und trotz aller Unvollkommenheit kann man doch feststellen: Wo die westlichen Prinzipien gelten, geht es den Menschen materiell und immateriell besser. Ich wundere mich jedenfalls manchmal, wenn so getan wird, als gäbe es keine größere Zumutung, als im Deutschland oder im Europa des Jahres 2016 zu leben.

Die spannende Frage lautet: Können wir denen, die zu uns kommen und bei uns bleiben wollen, die Zustimmung zu diesen Werten abverlangen? Ja und nein, möchte ich antworten. Warum nein? Weil die Freiheitsrechte noch eine andere innere List haben, nämlich die: Wo das Grundgesetz gilt, darf jedermann für eine andere Ordnung eintreten.

Unsere Verfassung erzwingt keine Werteloyalität, das stünde ihrem Charakter als Freiheitsordnung entgegen. Man muss den selbsternannten Verteidigern des Abendlandes klarmachen, dass das Grundgesetz kein völkisches Manifest ist, sondern Freiheit und Offenheit verbürgt. Und wir erinnern uns an das Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde, wonach „der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann“. Er kann die Zustimmung der Bürger eben nicht erzwingen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben.

„Unsere Verfassung erzwingt keine Werteloyalität, das stünde ihrem Charakter als Freiheitsordnung entgegen.“

Schluss mit lustig ist erst dann, wenn zum Beispiel eine Partei darauf aus ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder gar zu beseitigen. Das ist der Gegenstand des aktuellen NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht. Hingegen ist das bloße Haben oder Äußern selbst politisch extremer Ansichten durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

Keine Frage, das bringt allerhand Zumutungen mit sich. Über die Frage, ob der Islam mit dem Grundgesetz vereinbar sei, wird erbittert gestritten, wobei der Eifer leider meistens größer ist als die Sachkenntnis. Deshalb möchte ich darauf hinweisen,

dass auch die christlichen Kirchen nicht unbedingt Demokratie-Maschinen sind und es ihrem Wesen nach auch nicht sein müssen. Zum Beispiel sind in der katholischen Kirche Frauen von bestimmten Ämtern ausgeschlossen, genaugenommen ein glatter Fall von Diskriminierung. Das geht deswegen gut, weil das Grundgesetz religiösen Vorschriften nicht in jedem Fall entgegensteht. So ist zwar das betäubungslose Schächten von Tieren grundsätzlich verboten, aber es gibt Ausnahmen für diejenigen, deren eigene Religionsgemeinschaft dieses zwingend verlangt.

Unsere Verfassung ist gegenüber den Religionen neutral, aber sie ist nicht antireligiös. Sie fragt nicht nach der Art der Religion, sondern schützt sie. Es gibt nur eine Schranke: die des Grundgesetzes selbst. Wo religiös motivierte Handlungen an die Grundrechte anderer oder an Werte von Verfassungsrang stoßen, da muss abgewogen werden. Dabei gilt ohne Wenn und Aber: Das staatliche Recht steht über allen anderen Normen. Konkret: Das sogenannte Kirchenasyl gibt ebenso wenig ein Aufenthaltsrecht wie die Scharia eine Rechtfertigung für einen „Ehrenmord“ sein kann. Und wer Flüchtlingsheime anzündet, bekommt es ebenso mit dem Rechtsstaat zu tun wie der, der gerichtlich erlaubte Demonstrationen angreift, das Deckmäntelchen „Antifa“ hilft da nicht.

„Toleranz ist das Hand- oder Denkwerkzeug von Offenheit.“

Das führt uns zu der Frage nach der Toleranz und ihren Grenzen. Toleranz ist quasi das Hand- oder Denkwerkzeug von Offenheit. Was sind wir als Einzelne und als Gesellschaft bereit hinzunehmen und was nicht? Über dieses Spannungs-

verhältnis wird seit jeher gestritten. Der Frankfurter Sozialphilosoph Rainer Forst, der sich systematisch mit dem Toleranzbegriff beschäftigt, schreibt ihm drei Komponenten zu: Ablehnung, Akzeptanz und Zurückweisung. Ablehnung heißt, dass wir tolerant nur gegenüber einer Ansicht oder einer Handlung sein können, die uns stört, die wir im Grunde missbilligen, zum Beispiel das öffentliche Tragen einer Burka. Unter Gleichgesinnten braucht es keine Toleranz.

Hier kommt die zweite Dimension ins Spiel, die der Akzeptanz. Obwohl wir eine Ansicht oder eine Handlungsweise für falsch halten, stellen wir eine Balance zwischen Ablehnung und Akzeptanz her – wir tolerieren sie, aber die Ablehnung bleibt bestehen. Diese Abwägung begegnet uns im Alltag ständig, wenn wir beispielsweise – und sei es um des lieben Friedens willen – bereit sind, etwas hinzunehmen, das uns eigentlich nicht passt.

Die Komponente der Zurückweisung schließlich markiert die Grenzen der Toleranz. Die Gründe für eine Zurückweisung müssen stärker sein als bloße Ablehnung, denn sie lassen sich nicht durch Akzeptanzerwägungen übertrumpfen. Umgangssprachlich ausgedrückt, tritt Zurückweisung dann ein, wenn wir sagen: „Ich bin ja ein toleranter Mensch und akzeptiere viel, aber das geht jetzt zu weit.“ Recht verstanden, muss also bei der Toleranz auch immer ihre Grenze mitgedacht werden, denn ohne Schranken wäre Toleranz nichts anderes als urteilslose Beliebigkeit oder Gleichgültigkeit.

Hier möchte ich diesen Argumentationsstrang mit dem zusammenführen, den ich vorhin den Freiheitsrechten des Grundgesetzes gewidmet habe. In offenen, freiheitlichen Verfassungsstaaten sind nämlich die Komponenten von Toleranz, von denen Forst spricht, in einer ganz bestimmten Balance. Die Bürger mögen in vielen Fragen uneins sein, akzeptieren aber, dass es Normen und Institutionen gibt, auf die sich alle verständigen – zum Beispiel das Recht und die parlamentarische Demokratie. Oder volkstümlich ausgedrückt: Wir können uns streiten wie die Kesselflicker, aber wir gehen einander nicht an die Gurgel. Und akzeptieren im Fußball eine Elfmeter-Entscheidung des Schiedsrichters, obwohl wir sie für falsch halten.

Der Schiedsrichter ist das Symbol dafür, dass die Grenzen der Toleranz in einem Prozess der Legitimation bestimmt werden. Dessen Ziel sind eben jene Normen und Institutionen, die ich beispielhaft erwähnt habe: die Verfassung, die Gesetze und der Fußballschiedsrichter. Oder wie Rainer Forst sagt: „Toleranz besteht in der Tugend, die Überzeugungen und Praktiken zu dulden, mit denen man zwar nicht übereinstimmt, die aber keine Prinzipien verletzen, welche die Freiheit und Gleichheit aller widerspiegeln.“ Erst wenn solche Prinzipien verletzt werden, hört die Toleranz auf – ich erinnere an das erwähnte Beispiel der Scharia.

Damit komme ich zurück zu meiner Ausgangsthese: Ist Weltoffenheit vernünftig und, wenn ja, warum? Eine offene Tür ist ja in zwei Richtungen begehbar: von innen nach außen und von außen nach innen. Schauen wir uns zunächst die Richtung von innen nach außen an: Haben wir – das „Wir“ verstanden in dem anfangs beschriebenen Sinne – der Welt etwas zu geben oder wenigstens mitzuteilen, das Gehör verdient? Dürfen wir, ohne Anmaßung, darauf bestehen, dass unsere Kultur, unsere Werte, dass Aufklärung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie etwas sind, in dessen Genuss alle Menschen auf der Erde kommen sollten?

Nun, aufzwingen sollten wir unsere Werte niemandem. Am überzeugendsten ist der Westen dann, wenn er sich selbst an seine Werte hält. Aber selbstbewusst dürfen wir schon sein. Zwar wirkte der Westen schon oft schwach und verletzlich, und derzeit stößt sein Gesellschaftsmodell wieder auf eine Welt, in der religiöser Fanatismus, die Re-Legitimation von Grenzverschiebungen durch militärische Gewalt sowie die Ablehnung von Demokratie und Marktwirtschaft en vogue sind, und doch ist seine Anziehungskraft nach wie vor ungebrochen. Wer sich auf der Suche nach einem besseren Leben auf den Weg macht, dessen Ziel ist nicht Kasachstan oder Iran, dessen Ziele sind eher Kanada oder Italien. Die Kräfte einer freien Gesellschaft sind nach wie vor enorm.

Dem steht das häufig gehörte Argument entgegen, es gebe nun einmal Gesellschaften und Kulturen, die für Demokratie und Menschenrechte strukturell unempfänglich seien. Das überzeugt mich überhaupt nicht. Nelson Mandela hat uns das Gegenteil gelehrt, der Euro-Majdan ebenfalls und die chinesische „Charta 08“, unterzeichnet von mehr als 5.000 Künstlern und Intellektuellen, ist von den Prinzipien von 1776 und von 1789 mehr als nur inspiriert.

Doch kein Zweifel, Europa hat der Welt nicht nur Gutes gebracht. Daraus haben wir gelernt, dass eine bessere Zukunft in einer offenen, zugewandten Politik liegt. Und deshalb ist nach meiner Überzeugung Weltoffenheit auch von außen nach innen vernünftiger als geistiger Protektionismus. Natürlich kann die Europäische Union

und kann Deutschland nicht die Probleme der Länder lösen, aus denen die Menschen in hellen Scharen flüchten. Um eine wirksame Begrenzung des Zuzugs werden wir nicht herumkommen, vor der Dialektik von Offenheit und Begrenzung kann sich niemand drücken. Ohnehin hat gerade Deutschland ein Maß an Offenheit bewiesen, das uns noch vor ein paar Jahren niemand zugetraut hätte.

„Weltoffenheit heißt freilich ohnehin nicht, enthusiastisch alle Grenzen zu öffnen.“

Weltoffenheit heißt freilich ohnehin nicht, enthusiastisch alle Grenzen zu öffnen. Wohl verstanden, positioniert sie sich zwischen einem schwärmerischen Multikulturalismus auf der einen und kulturpessimistischen Überfremdungsängsten auf der anderen Seite. Ersterer ist durch die Ereignisse der Silvesternacht in Köln nachhaltig erschüttert, und bloße Fremdenfurcht führt in die Sackgasse geistiger Enge, in eine Art mentaler Selbstkolonisierung.

Weltoffenheit ist eine Geisteshaltung, die darauf zielt, fremdes Denken als Bereicherung, ja sogar als Glücksfall zu empfinden, sich ihm jedenfalls bereitwillig auszusetzen. Papst Franziskus hat vor kurzem gesagt: „Weit davon entfernt, Größe, Reichtum und Schönheit mit sich zu bringen, ruft die Exklusion Feigheit, Enge und Brutalität hervor.“ Will heißen: Wer versucht, sich dem Anderen, dem zunächst Unbekannten, vielleicht sogar verstörend Fremden völlig zu verschließen, wird nicht autark und stark, sondern weltfremd oder Schlimmeres.

Doch nicht um dem Papst zu gefallen, sollten wir weltoffen sein, sondern aus ganz egoistischen Gründen. In einer zunehmend globalisierten und vernetzten Welt, die auf Offenheit angelegt ist, wäre der Versuch schlicht unvernünftig, sich auf sich selbst zurückzuziehen. Ist es demgegenüber nicht viel bereichernder, sich anderen Meinungen, Sichtweisen und Einstellungen auszusetzen? Das Bewegungsgesetz lebendiger und zukunftsfähiger Gesellschaften ist Offenheit, ist Zweifel und Selbstzweifel, nicht Rückzug in geschlossene Denkwelten.

Dass das zumal in der Welt der Wissenschaft gilt, muss in Ihrem Kreis nicht eigens hervorgehoben werden. Es ist schon bemerkenswert, dass in der gesamten arabischen Welt nur 330 Bücher jährlich aus anderen Sprachen übersetzt werden. Allein ins Griechische werden jährlich fünfmal so viele Bücher übertragen. Und Spanien übersetzt Jahr für Jahr ebenso viele Bücher, wie in den vergangenen eintausend Jahren ins Arabische übertragen wurden. Diese Selbstisolierung vom Denken der

Welt, diese Verweigerung von Offenheit scheint mir ein Mosaikstein der Rückständigkeit von großen Teilen der arabischen Welt zu sein.

Eine der Aufgaben, die sich uns stellen, wird es sein, die ganz praktischen Vorzüge der Weltoffenheit nicht nur für uns selbst zu erkennen, sondern sie auch denen vor Augen zu führen, die zu uns kommen, denn die Neigung, sich auf sich selbst zurückzuziehen, gibt es auch bei ihnen. So gibt es Hinweise darauf, dass die vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit bei jüngeren Türkischstämmigen auch damit zu tun hat, dass sie häufig unter sich bleiben, Fernsehprogramme aus ihren Herkunftsländern schauen und nicht genügend Deutsch sprechen.

Damit ich nicht so düster ende, zum Schluss eine Episode, die mir gut gefällt. Der österreichische Schriftsteller Karl-Markus Gauß hat neulich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung mit einem hübschen Beispiel illustriert, wie sich eine Haltung geistiger Enge und Weltverschlossenheit rächt: Sollte, was extrem unwahrscheinlich ist, Österreich Fußball-Europameister werden und wäre der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer österreichischer Staatspräsident geworden, würde Hofer einer Mannschaft gratulieren, die es so gar nicht gäbe, wenn die Österreicher schon vor 25 Jahren auf seine Partei gehört hätten. Dann hätten nämlich die Familien Alaba, Arnautovic, Dragovic oder Junuzovic gar nicht einreisen dürfen, ihre Söhne würden heute vielleicht die deutsche, die holländische oder die schwedische Nationalelf verstärken.

Jetzt habe ich Ihre Aufmerksamkeit lange in Anspruch genommen. Dabei genügt doch eigentlich ein einziger Satz, um das auf den Begriff zu bringen, was ich sagen wollte. Der Satz stammt von Alexander von Humboldt und lautet: „Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die Weltanschauung der Leute, welche die Welt nicht angeschaut haben.“

*„Wolfgang Donsbach Perspectives“
an der Dresden International School
26. Mai 2016*

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1, 01097 Dresden
Telefon: +49 351 564-0
Telefax: +49 351 564-1025
E-Mail: info@sk.sachsen.de
www.sk.sachsen.de

Redaktion:

Sächsische Staatskanzlei

Fotos:

Titel: [william87](#), [fotolia.com](#) | Seite 8: Steffen Füssel

Gestaltung und Satz:

Heimrich & Hannot GmbH

Druck:

Union Druckerei Dresden GmbH

Redaktionsschluss:

13. Januar 2017

Auflagenhöhe:

1.500 Exemplare

Papier:

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Bezug:

Diese Druckschrift kann kostenfrei bezogen werden bei:
Zentraler Broschürenversand der Sächsischen Staatsregierung
Hammerweg 30, 01127 Dresden
Telefon: +49 351 210367172
Telefax: +49 351 2103681
E-Mail: publikationen@sachsen.de
www.publikationen.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinnahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.